

Calmer Tagblatt

№ 280.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

87. Jahrgang.

Veröffentlichungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einpaltige Borgseite 10 Pfg., außerhalb desselben 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Schluß für Inseratannahme 10 Uhr vormittags. Telefon 9.

Donnerstag, den 28. November 1912.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 1.25 vierteljährlich, Postbezugspreis für den Orts- und Nachbarortsvorkehr Mk. 1.20, im Fernverkehr Mk. 1.30. Bestelgeld in Württemberg 30 Pfg., in Bayern und Reich 42 Pfg.

Bekanntmachung,

betreffend die Wahl eines Landtagsabgeordneten für den Oberamtsbezirk.

Die Ermittlung des Ergebnisses der in den Abstimmungsdistrikten des Oberamtsbezirks Calw am 29. November 1912 vorgenommenen Wahl eines Landtagsabgeordneten für den Oberamtsbezirk Calw findet in Gemäßheit des Art. 18 d des Landtagswahlgesetzes vom 16. Juli 1906 am

Montag, den 2. Dezember 1912 vormittags 9 Uhr im kleinen Sitzungssaal (Zimmer Nr. 9) des Rathauses in Calw durch die Oberamtswahlkommission (Bezirksrat) statt. Der Zutritt zu dem Lokal, in welchem die Verhandlungen stattfinden, steht jedem Wähler offen, Beratungen und Ansprachen Dritter bei der Ermittlung des Wahlergebnisses durch die Oberamtswahlkommission sind nicht gestattet.

Calw, den 28. Nov. 1912.

R. Oberamt:
Reg.-Rat Binder.

Wann muß Deutschland mit?

ch. Die drohende, jetzt allerdings wieder ruhigere politische Lage, die um Haaresbreite Rußland und Oesterreich ernsthaft hintereinander gebracht hätte, legte auch die Frage nahe, in wie weit Deutschland im Ernstfalle durch sein Bundesverhältnis als Dreibundsmacht Oesterreich gegenüber verpflichtet sei. Es herrscht über die Art der deutschen Bundesgenossenschaft noch vielfach große Unklarheit. Da ist einmal darauf hinzuweisen, daß der seit 1883 zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien abgeschlossene „Dreibund“ den Charakter eines Defensivbundes trägt, d. i. eines Abwehr- eines Verteidigungsbündnisses, im Gegensatz zu einem Offensiv-Angriffsbündnis. Der Dreibundsvertrag nun beruht keineswegs auf der Grundlage, daß die Dreibundsmächte sich überhaupt mit ihren Armeen beistehen, falls eine von ihnen mit einem außerhalb des Dreibundes stehenden Staat in kriegerischen Konflikt käme. Der Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, der bereits 1879 geschlossen wurde, verpflichtet die gegenseitige Unterstützung mit Militärmacht nur bei einem Angriff Rußlands auf Deutschland oder auf Oesterreich. Der Angriff irgend einer andern Macht auf eines dieser beiden Reiche verpflichtet den Bundesgenossen jeweils zu neutraler, wohlwollender Haltung, dem Angegriffenen gegenüber. Wörtlich heißt es im zweiten Artikel des Dreibundsvertrags mit Oesterreich-Ungarn: „Wenn jedoch in einem solchen Fall die angreifende Macht von Seiten Rußlands, sei es in Form von aktiven Kooperationen, sei es durch militärische Maßnahmen, unterstützt werden sollte, so tritt die Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht auch in diesem Falle sofort in Kraft.“

Würde Rußland gegen Oesterreich loszuschlagen, wie es vor kurzem noch den Anschein hatte, dann müßte Deutschland aufgrund seines Vertrages mit Oesterreich-Ungarn, letzterem beistehen, wäre umgekehrt Oesterreich der Angreifer, dann läge für das deutsche Reich keine vertragliche Bindung zum Beistand Oesterreich gegenüber vor. Dasselbe Verhältnis besteht für Oesterreich Deutschland gegenüber, dem es beistehen müßte, falls Rußland es angreifen würde, und das neutral bleibt, wenn eine andere Macht uns überfällt, oder wir in einen Krieg mit Rußland verwickelt würden, in dem Deutschland der Angreifer wäre. Die Bindung der beiden Kaiserreiche Italien gegenüber ist so zu verstehen, daß Deutschland und Italien gegenseitig sich Hilfe leisten, wenn Frankreich gegen eines der beiden Länder einen Angriffskrieg führt. Oesterreich und Italien dagegen sind vertraglich gehalten, im Falle eines Angriffs durch Rußland oder Frankreich auf ihre Reiche gegenseitige Neutralität zu wahren. Würde Rußland, dem Frankreich verpflichtet ist, Deutsch-

land oder Oesterreich angreifen, dann hätten wir den Fünftaatenkrieg zu Wasser und zu Lande: auf der einen Seite den Dreibund, auf der anderen Rußland und Frankreich.

Der Balkankrieg.

Was heute an Nachrichtenmaterial vorliegt, zeigt deutlich, daß in der allmählichen Entspannung der Lage kein Rückschlag eingetreten ist. Oesterreich hält an seinem Einspruch gegen eine territoriale Festsetzung Serbiens an der Adria fest, stellt aber die ganze diplomatische Austragung der Frage zurück, bis der Friedensvertrag zwischen den Balkanstaaten und der Türkei vorliegt, aus dem man ersehen kann, welche Veränderungen des Statusquo eintreten werden.

Sofia, 27. Nov. Die Ansicht, daß Bulgarien militärisch erschöpft sei und übergroße Verluste durch Gefechte und Krankheiten erlitten habe, sowie daß der Vorrat an Munition nicht erseht sei und überhaupt Kriegsmüdigkeit herrsche, wird hier bestritten. Infolge der Einberufung von zwei jungen Jahresklassen, die, abgesehen von vortrefflicher Vorbereitung für den Heeresdienst, durch Jugendübungen in der Heimat, jetzt schon eine einmonatige eingehende Ausbildung erhalten hätten, sei es möglich gewesen, sehr bedeutende Neuforderungen aufzustellen, die vorzüglich bekleidet, genügend ausgerüstet und gut bewaffnet seien. Von diesen jungen Leuten, die mit verspätet eingetroffenen Reservisten vermischt sind, kommen allerdings jetzt Zehntausende durch Sofia. Alle machen einen vortrefflichen Eindruck strammer Feldsoldaten, denen man den Stolz und die Freude ansieht, daß ihnen trotz der Jugend die Ehre zuteil wird, an dem großen Kampf mitzuwirken. Der Mangel an Offizieren wird trotz der Verluste nicht für so fühlbar erklärt, da General Sawow, während er Kriegsminister war, drei Jahre hindurch jährlich 900 der besten Unteroffiziere in einem einjährigen Kursus eine militärische Ausbildung zu Reserveoffizieren geben ließ. Diese Männer sollen sehr gute Dienste geleistet haben und werden zu Offizieren der Reserve befördert werden. Wie gut, reichlich und von wo die Kriegsvorräte ergänzt wurden, wird man nach dem Kriege erfahren.

Parlamentarisches.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 27. Nov. Bei der heutigen Präsidentenwahl des Reichstages wurden 371 Stimmentzettel abgegeben. Davon entfielen auf Dr. Kämpf (Fortshr. Volksp.) 190, auf Dietrich (Kons.) 60. Zerplittert waren 4 Stimmen. Weiße Zettel wurden 117 abgegeben. Dr. Kämpf ist somit gewählt und nahm die Wahl dankend an.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr. Am Bundesratsstisch sind erschienen die Staatssekretäre Delbrück und Kühn, sowie Unterstaatssekretär Wahnschaffe. Das Haus und die Tribünen sind sehr gut besetzt. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Präsidenten. Zum Präsidenten wurde Dr. Kämpf (F. V.) gewählt, der die Wahl mit Dank annahm und sagte: Ich werde alles tun, was in meinen Kräften steht, um die Geschäftsordnung zu fördern. Ich bitte um Ihre Unterstützung hierbei. Es folgten die Interpellationen der Nationalliberalen und Sozialdemokraten betr. die auswärtige Lage. Auf eine Anfrage des Präsidenten erklärte der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg: Ich bin bereit, die Interpellationen in nächster Woche zu beantworten und zwar, wie ich hoffe, in den ersten Tagen. Auch liegt mir daran, über die gestellten Fragen im Reichstage Auskunft zu geben. Damit ist die Angelegenheit für heute erledigt. Es folgt die Interpellation der Sozialdemokraten betreffend die Teuerungsvverhältnisse. Der Reichskanzler erklärt sich bereit, die Interpellation heute zu beantworten. Auf Antrag des Abg. Spahn (F.) wird damit verbunden die erste Lesung des Gesetzesentwurfs betreffend vorübergehende Zollerleichterungen bei der Fleischzufuhr. Abg. Scheidemann (Soz.)

begründet die Interpellation. In den Regierungsmaßnahmen sind mancherlei Bestimmungen enthalten, welche geradezu unverständlich erscheinen, z. B. daß die Fleischzufuhr aus den Balkanländern gestattet wurde 3 Tage vor Ausbruch des Krieges. Was bisher geschehen ist, ist vollkommen ungenügend. Machen wir es einmal der Regierung durch Verweigerung der Mittel unmöglich, in der bisherigen Weise weiter zu wirtschaften, lediglich im Interesse des kleinen Säusens um den Bund der Landwirte. Die Lebensmittelzölle sind in unseren Tagen ein himmelschreiendes Unrecht. Reichskanzler von Bethmann Hollweg: Wenn die Sozialdemokratie zur Herbeiführung einer Besserung der Verhältnisse einen Umsturz unseres Wirtschaftssystems fordert, so schlägt sie ein untaugliches Mittel vor. Wir sind in der Öffnung unserer Grenzen soweit gegangen, als es sich mit unserer Verantwortung für den Seuchenschutz irgendwie verträgt. Der jetzt auch wieder angegriffene § 12 des Fleischbeschaugesetzes hat der deutschen Landwirtschaft tatsächlich einen großen, aber auch recht kostspieligen sanitären Schutz gewährt. Vor allem aber können sie doch nicht verlangen, daß wir inländisches Fleisch schärfer behandeln als ausländisches. (Leb. Zustimmung rechts und in der Mitte.) Was die Einführung von Gefrierfleisch anlangt, so ist die Frage einfach die, wollen wir das Ziel weiter verfolgen, unser Volk mit den Produkten der eigenen Landwirtschaft zu ernähren, oder wollen wir dieses Ziel aufgeben. Wir können nur das eine oder das andere wollen. Ich wäre sehr dankbar, wenn Herr Scheidemann den Beweis dafür erbringen wollte, daß die deutsche Landwirtschaft dazu nicht imstande ist. Tatsächlich ist es ihr gelungen, die Fleischversorgung des deutschen Volkes in immer höherem Grade durchzuführen. Wenn der Abg. Scheidemann behauptet, das Fleisch sei ein Lederbissen für den Arbeiter geworden und wenn er bei dieser Gelegenheit dem Herrn Landwirtschaftsminister Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse vorwirft, so muß ich diesen Vorwurf einfach zurückgeben. (Zustimmung rechts und in der Mitte, leb. Unruhe und Pfuirufe links.) Eine Einfuhrnotwendigkeit ist allerdings eingetreten und sie geht weit über die Arbeiterkreise hinaus, aber daß der deutsche Arbeiter am Hungertuch nagt, ist einfach nicht wahr. (Stürmischer Widerspruch links.) Daß die Einfuhr von Gefrierfleisch der Landwirtschaft nicht schaden werde, ist ebenfalls eine falsche Behauptung des Herrn Scheidemann. Die Viehzucht, insbesondere die Schweinezucht, die hauptsächlich in den kleinen landwirtschaftlichen Betrieben unter 20 Hektar ihre Stätte hat, würde in diesem Teile durch die Einfuhr aufs schwerste geschädigt werden und auch sie von der Linken, meine Herren, haben doch immer die Notwendigkeit betont, die kleinen Betriebe zu fördern und zu vermehren. Was die Futtermittelzölle anlangt, so gelten die Gründe, die im vorigen Jahre für ihre Beibehaltung maßgebend gewesen sind, angesichts des Charakters der Ernte in diesem Jahre erst recht. Die Aufhebung der Einfuhrzölle wäre durchaus keine so einfache Sache, wie Herr Scheidemann meint. Sie würde aufs tiefste in das Leben der Landwirtschaft eingreifen. In der Aufzucht der Kommunen zur Mitarbeit haben wir geglaubt, ein wirksames Mittel gefunden zu haben, und es hat sich dabei keineswegs um die Abwälzung einer Aufgabe auf andere Schultern gehandelt. 70 deutsche Städte haben von der ihnen gegebenen Ermächtigung Gebrauch gemacht, und überall sind die Fleischpreise gesunken. Dabei beziehen die Kommunen naturgemäß das Fleisch aus dem Auslande. Für die Zukunft wird es notwendig sein, daß sie auch Beziehungen zur inländischen Landwirtschaft, insbesondere zu den landwirtschaftlichen Genossenschaften, herstellen. Auf Antrag des Abg. Bassermann (Natl.) findet Besprechung der Interpellation statt. Inzwischen ist ein sozialdemokratischer Antrag eingegangen, der nach der neuen Geschäftsordnung festgestellt, daß zwischen den Anschauungen des Reichstages und des Reichskanzlers bezüglich verschiedener die Befreiung der Teuerung ins Auge fassender Mittel ein Widerspruch bestehe. Giesberts (Ztr.): Eine Befreiung der Zölle, wie sie von den Interpellanten gefordert wird, wäre gleichbedeutend mit dem Ruin der Landwirtschaft. Die amerikanischen Kapitalisten würden nach Zulassung unbegrenzter Mengen Gefrierfleisch alles daran setzen, den deutschen Markt in die Hand zu bekommen. Die Fleischteuerung wird viel zu sehr vom politischen Standpunkt aus betrachtet. Weisböck (Kons.) erkennt das Bestehen ungewöhnlich hoher Fleischpreise und einer Viehtnappheit an, hält sie aber für vorübergehende Erscheinungen. Der Gesetzesentwurf über vorübergehende Zollerleichterungen bei der Fleischzufuhr sei ein Eingriff in die Zollgesetzgebung von 1912. Böttger (Natl.): Unser Wirtschaftssystem hat sich bewährt. Die Politik der mittleren

Linie, die wir beim Zolltarif eingenommen haben, hat sich als zweckmäßig und richtig erwiesen. Präsident Dr. Kämpf fragt im Einverständnis mit dem Haus den Vertreter der Regierung, ob und wann die Interpellation der Freisinnigen betreffend die Koalitionsfreiheit der Staatsarbeiter beantwortet werden solle. Staatssekretär Deibrück erklärt sich zur Beantwortung für Mitte nächster Woche bereit. Abg. Basser mann (Natf.) kündigt an, daß er gegen die Zulassung der sozialdemokratischen Interpellation betreffend den Widerspruch zwischen den Anschauungen des Reichstanzlers und der Mehrheit des Hauses Einspruch erheben werde, da sie weder eine Begründung noch eine Spezialisierung enthalte. Daran schließt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Die Abstimmung über den Einspruch wird morgen erfolgen. — Nächste Sitzung morgen, Donnerstag, vormittags 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen und 2. Lesung des Zollerleichterungsgesetzes. Schluß gegen 1/7 Uhr.

Stuttgart, 27. Nov. Erste Kammer. Die Wahl des katholischen Dekans zur Ersten Kammer hat heute in einem Zusammentritt der Dekane katholischer Konfession im Sitzungssaal des kath. Kirchenrats stattgefunden. Gewählt wurde der seitherige Vertreter, Dekan Müller von Saulgau. Er hat die Wahl angenommen.

Stadt, Bezirk und Nachbarschaft.

Calw, 28. November 1912.

a. Gewerbelehrerprüfung. Auf Grund der in Karlsruhe im Oktober abgelegten Dienstprüfung sind zur Verleihung von hauptamtlichen Lehrstellen an württemb. Gewerbeschulen für befähigt erklärt worden u. a. Robert Hamm von Sindelfingen und Edmund Mayer von Döbel.

b. Vorsicht mit dem Weingeseh. Nach einer Bundesratsbestimmung zum neuen Weingeseh ist die Verwendung und das Feilhalten von Gewürzschwefel verboten. Eine Frau hat von ihr hergestellten Gewürzschwefel an einen Spezereihändler verkauft, der ihn wieder absetzte und einige Schnitten zum Einbrennen von Weinfässern verwendete. Die Frau und der Spezereihändler hatten sich nun wegen Vergehens gegen das Weingeseh vor der Strafkammer zu verantworten, die sie zu je 6 M Geldstrafe verurteilte.

Photograph Fuchs hier über sandte dem König ein Album mit photographischen Aufnahmen des Festzuges bei landw. Bezirksfest hier. Daraufhin kam aus dem Königl. Kabinett ein Schreiben an Herrn Fuchs, in dem der König freundlichen Dank für das Album ausspricht.

sch. Mutmaßliches Wetter. Die neue vom Ozean kommende Depression dringt rasch auf das Festland vor und dürfte die Wetterlage noch für mehrere Tage beherrschen, weshalb für Freitag und Samstag nebligkaltes und auch zu Schneefällen geneigtes Wetter zu erwarten ist.

Württemberg.

Die Wähler zum Landesproporz. — Das Panagieren und das Kumulieren.

Der Wähler bei den Landesproporzahlen hat eine ganz andere Wahlkraft, als der Wähler bei den Hauptwahlen und Nachwahlen der Oberamtsabgeordneten und der Deputierten der Guten Städte. Dort darf der Wähler nur einem Kandidaten seine Stimme geben, hier kann er 9 Kandidaten wählen, wenn er im Neckar- oder Jagtkreis wohnt, oder für 8 Bewerber stimmen, wenn er im Schwarzwald- bezw. Donaukreis sein Domizil hat. Die Wahlkraft des Landesproporzwählers ist potenziert worden. Ja er kann seine Wahlkraft sogar verteilen. Er hat die Möglichkeit, nach Belieben die Namen derer, denen er seinen Wahlwillen zuwenden will, den verschiedenen öffentlich bekanntgemachten Wahlvorschlägen zu entnehmen. Er kann seinen Stimmzettel selbst aus den Wahlvorschlägen zusammenstellen. Er kann auf seinem Stimmzettel Kandidaten der verschiedenen Parteien vereinigen, wenn er will. Es wird dies zwar nicht häufig vorkommen, denn bei der Disziplin, die die Parteien unter ihren Anhängern haben, wird der Wähler in der Regel seinen Parteivorschlag auch als seinen Stimmzettel benutzen. Aber die Möglichkeit ist gesetzlich vorhanden. Man nennt dies das Panagieren, das Zusammenstellen von Kandidaten aus verschiedenen Wahlvorschlägen. Besonders die Parteileitungen raten aber davon ab, denn wenn ein Wähler Kandidaten der verschiedenen Parteien wählt, so liegt das allerdings nicht im Interesse der Partei, der er angehört. Es gibt aber auch Wähler, die nicht ausgeprochene Parteimänner sind. Es können auf verschiedenen Wahlvorschlägen Kandidaten stehen, die dem Wähler teils aus Standes-, teils aus Verwandtschafts- etc. Interessen gefallen, denen er aus diesen Gründen seine Wahlkraft zuwenden will. Dies ist bei dem System der freien Listen erlaubt. Dem Landesproporzwähler ist dadurch möglichste Freiheit in der Betätigung seiner Wahl gegeben. Nun kann aber auch durch das Panagieren ein Mißstand hervorgerufen werden. Der Wähler kann seine Wahlkraft auch gegen die Parteileitung benutzen, er kann die Liste defaptieren, sie köpfen. Dies geschieht dadurch, daß er z. B. die oben auf dem Wahlvorschlag stehenden Bewerber, die in der Regel hervorragende Mitglieder der Wählervereinerung sind, streicht und seine Stimme weniger bedeutenden, vielleicht nur sogenannten Strohmannern gibt.

(Fortsetzung folgt.)

Eine Familientragödie.

Stuttgart, 28. Nov. (Teleph.) Im 4. Stock des Hauses Stitzenburgstraße 10, brachte gestern nachmittag die 34 Jahre alte Frau Berthold ihr 5 Jahre altes Kind, nachdem sie ihm zuvor Lysol gegeben hatte, durch Erhängen ums Leben. Die Frau nahm dann selbst Lysol und hängte sich auf. Der Grund zur Tat soll in zerrütteten Familienverhältnissen

liegen. Die Leichen von Mutter und Kind wurden gestern abend im Sanitätswagen abgeholt und auf den Pragfriedhof gebracht. Der Ehemann der toten Frau, der mit Selbstmordgedanken umgeht, wurde in die Irrenabteilung des Bürgerhospitals gebracht.

Stuttgart, 27. Nov. Die Evangelische Landessynode wird auf Dienstag, den 10. Dezember zu einer kurzen Eröffnungstagung einberufen.

Deizisau, D.-A. Eßlingen, 27. Nov. Der Besitzer der gestern abend abgebrannten Scheuer, Johann Seifried, wurde heute vormittag als verfohlte Leiche gefunden. Er war seit Ausbruch des Feuers vermißt worden.

Schwenningen, 27. Nov. Gestern nachmittag 4 Uhr stürzte der 24 Jahre alte Monteur Ernst Frauendiener von Schorndorf, in Stellung beim hiesigen Elektrizitätswerk, beim Anbringen eines Ständers auf einem Neubau vom Dache. Er war sofort tot.

Aus Welt und Zeit.

Nancy, 27. Nov. Infolge eines Irrtums erhielt der Brigadier Bliou, der Chef der Grenzgendarmetriebrigade Arracourt, ein Telegramm, das eine teilweise Mobilmachung anordnete.

Paris, 27. Nov. Ueber die Probemobilisierung, die auf einen Irrtum zurückgeführt wird, liegen folgende Meldungen vor: Im Bezirk Arracourt erhielten alle Männer zwischen 25 und 45 Jahren den Befehl zum Abmarsch. Die meisten begaben sich nach Moncel, bestiegen dort einen Zug nach Toul und Saint Vont, Saint Vincent usw. Während dieser Zeit läuteten die Sturmglocken und die ganze Bevölkerung war auf den Beinen. Die Aufregung war sehr groß, Frauen und Kinder weinten. Das „Journal des Debats“ meldet, daß heute nacht eine Probemobilisierung des 20. Armeekorps stattgefunden habe. Nicht nur die Offiziere, sondern auch alle Personen, die unter irgend einem Titel an der Mobilisation teilzunehmen hatten, wurden durch Eßtaffetten verständigt. Um 5 Uhr morgens war die Probemobilisierung vollständig durchgeführt. In Belfort wurde, wie alljährlich um diese Zeit, eine Mobilisationsübung vorgenommen, welche den Zweck hat, sich über den Grad der Ausbildung der Rekruten klar zu werden.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Paul Kirchner. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei.

Reklameteil.

Auf nicht einmal 1/10 Pfg. stellt sich eine Tasse Meßmer's „Englische Mischung“ (Nk. 3.20 das Pfd., 100 Gr.-Bakel Nk. 0,70). Trotzdem ergibt diese Mischung einen feinen, kräftigen Tee von vorzüglichem Geschmack und findet das Lob aller Kenner. Proben und Angabe der Meßmer's Tee-Niederlagen durch die Zentrale Frankfurt a.M.

Amtliche und Privatanzeigen.

Stammheim, 28. Nov. 1912.

Todes-Anzeige.



Tiefgebeugt mache ich die traurige Anzeige, daß mein innigst geliebter Mann

Friedrich Günther, Bierbrauer, nach kurzem, schwerem Leiden, im Alter von 40 Jahren, gestern abend 9 Uhr sanft entschlafen ist.

Die tiefbetäubte Gattin:

Karoline Günther mit ihren Kindern.

Beerbigung findet Samstag nachmittag 1 Uhr statt.

Stockfische

schön weiß, frisch gewässert, per Pfd. 25 Pfg. empfiehlt fortwährend **R. Hauber.**

Geprüfte

Kranken- und Wochenbettpflegerin

empfehlst sich **Nonnengasse 173.**

Hund zugelaufen!

Ein gelber Halbhund ist mir zugelaufen, derselbe ist gegen die üblichen Kosten innerhalb 8 Tagen abzuholen Hirfauerweg 224, parterre.

Altburg.

Seze ein Paar starke **Läufer-schweine**

dem Verkauf aus. **Friedrich Kentschler, Zimmermann.**

Unsere Weihnachtsausstellung

ist eröffnet und können wir einem werten Publikum von Stadt und Land durch günstige Einkäufe besondere Vorzüge gewähren.

Spielwaren

durch alle Rubriken vom einfachsten bis zum feinsten Geschenk.

Reichhalt. Lager in Christbaumschmuck Gelenkpuppen und Babys in bekannt grosser Auswahl. Stoff- und Lederbälge. Celloit und Biscuit-Köpfe Vollst. Kleiderausstattung für Baby u. Gelenkpuppen.

Besichtigung ohne Kaufzwang

Röhm-Dalcolmo,

Marktplatz - Teleph. 79



Wohnungsgesuch Nächste Ziehung!

Für eine kleine, ruhige Familie wird eine Wohnung mit 4-5 Zimmern auf 1. April nächsten Jahres gesucht. Angebote unter Kennzeichen N 1000 werden an die Geschäftsstelle des Calwer Tagblattes erbeten.

Ludwigsburger Lose à 1 Mark. Ziehung am 30. November. Hauptgewinn 20 000 M. Zu haben bei

Friseur Odermatt, Bahnhofstraße.

Wer von liberaler Seite am 29. Novbr. nicht wählt, unterstützt indirekt den Bauernbund.

Darum heißt die Parole: Emil Staudenmeyer.

An die Wähler!

Der Wahlgang am 16. November hat keine Entscheidung gebracht und es findet am 29. November Nachwahl statt.

Der Wahlausschuß des Bundes der Landwirte und der Konservativen hat im Einverständnis mit den Parteileitungen beschlossen:

die Kandidatur Fahrion aufrecht zu erhalten.

In einem kürzlich vom Wahlausschuß für Staudenmeyer ausgegebenen Flugblatt heißt es ganz richtig:

„Die Sozialdemokratie ist die Todfeindin der bürgerlichen Gesellschaft“, und man sollte meinen, alle bürgerlichen Parteien würden bei der Nachwahl zusammenstehen gegen ihren Todfeind. Aber weit gefehlt! Wieder wie bei der letzten Reichstagswahl hat sich die Volkspartei verbündet mit der Sozialdemokratie! Sie verhilft dadurch der ohnehin stark gewachsenen Sozialdemokratie zu weiteren Landtagsitzen.

Dieser Stellungnahme der Volkspartei entspricht auch die persönliche Haltung ihres Kandidaten Staudenmeyer.

Unvergessen ist der Ausruf „Nieder mit dem Bauernbund“, den Herr Staudenmeyer als Leiter der bekannten Naumann-Versammlung in Calw in seinem Schlußwort getan. Und erst kürzlich hat Herr Staudenmeyer in einer Wählerversammlung erklärt: „ein Sozialdemokrat ist mir lieber als ein Bauernbündler!“

Wähler! Ihr habt nun zu entscheiden zwischen dem Volksparteiler und Bundesgenossen der Sozialdemokratie und dem Kandidaten der rechtsstehenden Parteien!

Wer national denkt, wer mit dem Bündnis zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie nicht einverstanden ist, der gebe seine Stimme ab für

Landwirt G. Fahrion von Hof Dicke.

Der Wahlausschuß
des Bundes der Landwirte und der Konservativen Partei.

Zur Landtagsnachwahl!

An unsere Wähler!

Wir bitten unsere Wähler auch bei der Nachwahl ihre Stimme wieder unserem

Kandidaten G. Fahrion

zu geben.

Kein rechtsstehender Wähler kann den Bundesbruder der Sozialdemokratie wählen, wir fordern deshalb auf, durch Abgabe eines Stimmzettels mit dem Namen

Fahrion

Protest zu erheben gegen das rote Bündnis und die falsche Politik der verbündeten Linken.

Auf zur Wahl! Wählt Landwirt G. Fahrion, Hof Dicke.

Der Wahlausschuß.

Bekanntmachung.

In der Sitzung des engeren, bezw. verstärkten Ausschusses am 14. Oktober 1912 wurde die Zulassung von 16 kerz. Metalldrahtlampen beschlossen. Dieselben sind bei unseren Ortsagenten zum Preise von Mk. 2.50 einschl. Steuer erhältlich.

Bei dieser Gelegenheit verweisen wir die Abnehmer ausdrücklich auf § 3 Absatz 5 der Stromlieferungsbedingungen vom April 1912 und bemerken, daß jeder Stromabnehmer, der nach dem 1. April 1913 noch im Besitz einer nicht vom Verband bezogenen Lampe betroffen wird,

einer Konventionalstrafe gemäß § 12 der vorgenannten Stromlieferungsbedingungen verfällt.

Gemeindeverband Elektrizitätswerk für den Bezirk Calw.

Station Teinach.

Provisionsreisender für leichtverkäufliche Artikel der Del- u. Fettwarenbranche gesucht. Kautions erwünscht. Nur Bewerber mit tadellosem Lebenswandel und welche mit Landkundschaft gut verkehren können, wollen schriftliche Offerten unter K U 51 124 an das Kontor ds. Blattes einreichen.



Auf die Straße

führt viele Menschen die tägliche Berufsarbeit. Von der Straße bringen sie die Erkältung heim, die Ihnen so lästig ist. Die Berufsarbeit auf der Straße erfordert ein Vorbeugungs- und Linderungsmittel für Heiserkeit, Rkatarrh und Husten, und das sind die altbekannten Wybert-Tabletten, die in allen Apotheken und Drogerien pro Schachtel 1 Mk. kosten.

Nachstehende Formulare sind in der Druckerei ds. Bl. stets zu haben:

Klagschriften:
Zahlungsbefehl, Vollstreckung, Klage, Ladung.
Schuld- und Bürgscheine,
Mietverträge — Lehrverträge,
Rechnungsformulare
in allen Größen.
Wechselformulare.

== Zur Landtagswahl! ==

Die Hauptwahl hat eine endgültige Entscheidung nicht gebracht. — Weitaus die meisten Stimmen sind jedoch dem seitherigen Abgeordneten

Emil Staudenmeyer

zugefallen und es gilt nun, demselben vollends zum Siege zu verhelfen.

Mitbürger in Stadt und Land!

Bersäume niemand am kommenden Freitag sein Wahlrecht, denn das Wahlrecht enthält auch eine Wahlpflicht — tretet vielmehr Mann für Mann zur Wahlurne und gebet Eure Stimme im wohlverstandenen Interesse unseres Bezirkes und des Landes dem auch von der Nationalliberalen (Deutschen) Partei unterstützten

Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei,

unserem bewährten und beliebten seitherigen Abgeordneten

Emil Staudenmeyer

Berwaltungsaktuar in Calw.

Der gemeinsame Wahlauschuß.

Zur Abwehr!

Der Wahlauschuß des Bundes der Landwirte und der Konservativen Partei hat es für nötig gehalten, zur Unterstützung seiner unter normalen Verhältnissen aussichtslosen Kandidatur Fahrion in seinem letzten Ausruf an die Wähler zum Schluß noch eine persönliche Note in den Wahlkampf zu bringen, um die Person und die Kandidatur Staudenmeyers zu diskreditieren.

Es wird dort gesagt, die Volkspartei habe sich mit der Sozialdemokratie, der „Lodseindin“ der bürgerlichen Gesellschaft, für den zweiten Wahlgang verbündet. Das ist, so allgemein gesagt, keineswegs richtig, sonst müßte ja die Sozialdemokratie im Calwer Bezirk die Fortschrittliche Volkspartei unterstützen, was aber bekanntlich nicht der Fall ist. In Wahrheit besteht das ganze „Bündnis“ zwischen Fortschrittlicher Volkspartei und Sozialdemokratie darin, daß jene lediglich in zwei Wahlbezirken (Leonberg und Waiblingen) ihre Kandidaten zu Gunsten der Sozialdemokratie zurückzieht und für deren Kandidaten eintritt, wogegen die Sozialdemokratie in 6 Bezirken ihre Kandidaturen teils zu Gunsten des Bauernbundes oder Zentrums, teils zu Gunsten der Volkspartei zurückzieht, und nur in drei Oberämtern (Backnang, Oberndorf und Baihingen), das ebenfalls tut unter ausdrücklichem Eintreten für den Kandidaten der Volkspartei. Diese Vereinbarungen wurden seitens der Volkspartei getroffen, um nach Möglichkeit eine schwarz-blaue Mehrheit (Zentrum, Bauernbund und Konservative) zu verhindern. Was nun den Ausruf Staudenmeyers: „Nieder mit dem Bauernbund!“ betrifft, so sollte man doch endlich einmal aufhören, damit zu heizen. Wenn man im politischen Kampf eine Organisation wie die des Bauernbundes für schädlich und bekämpfungswert hält, so kann man doch nicht rufen: „Hoch lebe der Bauernbund!“ —

Ob jene andere Aeußerung Staudenmeyers, „daß ihm ein Sozialdemokrat lieber als ein Bauernbündler sei“, in einer Versammlung wirklich gefallen ist oder nicht, läßt sich augenblicklich nicht feststellen, da sich Herr Staudenmeyer zur Unterstützung seiner Parteifreunde auswärts im Wahlkampf befindet. Er wird sich jedenfalls vorbehalten, selbst dazu Stellung zu nehmen. Eine Berechtigung kann eine solche Auffassung immerhin für sich in Anspruch nehmen, wenn man bedenkt, mit welcher persönlicher Gehässigkeit vom Bauernbund besonders im Hohenlohischen und anderwärts gekämpft wird. Man lese nur folgendes Gedicht, das gegen den bisherigen nationalliberalen Abgeordneten von Balz im Zaberboten erschienen ist:

In Stuttgart wohnt 'ne Erzellenz
Weiß nichts von Hühnern, nichts von Gän',
Sein Weinberg, der ist stets gesegnet.
Die Ernte wird ihm nie verregnet.
Hat keinen Halm und keinen Ar

Schneid't Coupons ab das ganze Jahr!
Im Amte ist er nicht mehr tätig
Dagegen wäre er so gnädig
Euer Abgeordneter zu sein,
Will für Euch in den Landtag 'rein!

Diese Kampfesweise kann auch von der Sozialdemokratie nicht mehr überboten werden.

Warum schweigt der Bauernbund ganz von seiner famosen Wahlparole zu Gunsten des Zentrums im Bezirk Geislingen, durch die der nationalliberale Kandidat unbedingt zu Fall gebracht wird? Freilich man ist dem ja auch so „nationalen“ Zentrum für die „treue Unterstützung“ im ersten Wahlgang zu großem Dank verpflichtet. Woher kämen denn sonst die Erfolge des Bundes und der Konservativen, wenn nicht das Zentrum seine nie uneigennützig Hilfe geboten hätte. So wurde zum Beispiel in Mergentheim der nationalliberale Reg.-Rat Häffner um sein Mandat gebracht. Auch scheint dem konservativen Wahlauschuß davon nichts bekannt zu sein, daß seine Freunde durch Aufrechterhaltung ihrer ganz hoffnungslosen Kandidaturen in zahlreichen Bezirken, z. B. Böblingen, Tuttingen, Urach u. die Sozialdemokratie direkt unterstützt.

Das blamable Techtelmechtel zwischen einem der Bögte und der Sozialdemokratie ist auch noch in guter Erinnerung. Doch genug davon.

Wir erwarten von der überwiegenden Mehrheit der Wähler des Calwer Oberamts, daß sie auf diese Angriffe gegen unseren Kandidaten damit antwortet, daß sie am 29. November ihre Stimmen abgeben für:

Emil Staudenmeyer

und damit bekunden, daß der Kurs nicht nach rechts sondern nach links gehen soll.

Der Wahlauschuß für die Kandidatur Staudenmeyers.